

Schlamperei mit GVO

Die schleichende Kontamination mit GVO hat begonnen – wieder wurden Anteile nicht erlaubter Konstrukte in ganz normalem Maissaatgut entdeckt.

Zehn Landwirte in Baden-Württemberg haben in diesem Frühjahr – ohne es zu wissen – auf rund 170 Hektar gentechnisch veränderten Mais ausgesät. Das Saatgut enthielt Spuren der gentechnisch veränderten Maislinie NK 603 der Firma Monsanto. Auch in Rheinland-Pfalz wurde dieses Saatgut auf 100 Hektar ausgebracht. NK 603 darf als Futter- und Lebensmittel in die EU importiert werden, für den Anbau ist er nicht zugelassen. Der Gehalt lag über der Nachweisgrenze von 0,03 Prozent aber unterhalb von 0,1 Prozent. Im Rahmen der bundesweiten Saatgutüberwachung hatten die Behörden die Verunreinigung bei einem sächsischen Saatgutaufbereiter entdeckt. Das Sorte ist nach Angaben des baden-württembergischen Umweltministerium vor allem für Biogas geeignet und stammt von einem „großen“ Saatgutlieferanten aus Niedersachsen.

In Hessen hat ein Landwirt im Main-Kinzig-Kreis vier Hektar Mais ausgesät, der Anteile von gentechnisch veränderten Sorten enthält. In einer Charge des Saatguts der Maissorte „PR39F58“ des US-Herstellers Pioneer hatten hessische Kontrolleure Spuren von vier in Deutschland nicht zugelassenen Sorten MON810, T25, MON88017 und NK 603 entdeckt und den Saatguterzeuger daraufhin zu einer Rückrufaktion veranlasst. Wie das aus Kanada stammende verunreinigte Saatgut trotzdem zur Aussaat kommen konnte, sei unklar, sagte der Staatssekretär im hessischen Landwirtschaftsministerium, Mark Weinmeister. Er äußerte sich empört über den Hersteller: „Das ist Schlamperei, die nicht passieren darf. Wenn hessische Kontrolleure die Verunreinigung nicht bei einer Routine-Untersuchung festgestellt hätten, wäre die Sache vermutlich unentdeckt geblieben. Wer Saatgut für Futtermittel herstellt, der muss absolute Sorg-



Am 19. Mai haben Landwirte und Imker mit Bienenvölkern und Traktoren vom dem Landwirtschaftsministerium in Stuttgart wegen der Saatgutverunreinigungen demonstriert.

falt walten lassen – von der Erzeugung bis zum Verkauf.“ Der Mais sollte laut Auskunft des Staatssekretärs vernichtet werden.

Dagegen wurde der betroffene Mais in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nicht vollständig umgebrochen. Die Behörden erlaubten Landwirten den Mais stehen zu lassen, wenn er in Biogasanlagen verwertet wird. Bioland betonte in einer Pressemitteilung, dass dies nicht im Ermessen der Behörden liegen könne. Verboten sei schließlich der Anbau der gefundenen Konstrukte. Der Vorfall zeige unmissverständlich, dass eine „Koexistenz“ mit gentechnisch veränderten Nutzpflanzen nicht möglich ist, sagte Bioland-Präsident Thomas Dosch: „Die schleichende Kontamination des gentechnikfreien Saatguts hat ganz offensichtlich schon begonnen“. Bereits im April war bekannt geworden, dass die diesjährigen Untersuchungen von konventionellem Mais-Saatgut in Baden-Württemberg in fünf von 99 Saatgutpartien Spuren von GVO-Bestandteilen ergeben hatten. Eine Aussaat konnte nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums aber bis auf fünf Hektar verhindert werden.

Ob die Saatguthersteller die Verunreinigung selbst nicht bemerkt oder aber die

Partien trotz Verunreinigung ausgeliefert haben, darüber kann nur spekuliert werden. „Die Saatgutindustrie hat das nicht im Griff“, sagte die Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer vom BUND. Auch in den Vorjahren war verunreinigtes Saatgut in Deutschland gefunden worden. Für Saatgut gibt es keine festgelegten Schwellenwerte – es gilt Nulltoleranz.

Bioland kritisierte zudem die Informationspolitik der Bundesländer. Bereits im April hatte der Verband den baden-württembergischen Landwirtschaftsminister Peter Hauk aufgefordert, die Ergebnisse des Saatgutmonitorings offen zu legen – und hat bis heute keine Antwort erhalten. Damit bleiben für Landwirte wichtige Fragen nach den betroffenen Sorten und Firmen offen. Auf einer Pressekonferenz des Aktionsbündnisses Gentechnikfreie Landwirtschaft in Baden-Württemberg am 19. Mai forderte Berthold Weber, Mitglied im Bioland-Präsidium und Vorsitzender von Bioland Baden-Württemberg: „Mit der Geheimniskrämerei muss jetzt endlich Schluss sein!“

Bleibt vor allem die Frage, warum die Hersteller die Verunreinigung nicht selbst bemerkt haben. Die Aussaat illegaler Rapssaat 2007 auf über 1.500 ha in Norddeutschland ist noch in guter Erinnerung.

age, Gerald Wehde